

## Nebenwirkung Wahlfieber

Das Alltagsthema Corona wird allmählich von den Diskussionen zu den Wahlen am 26. September überstimmt. Die blamablen Fehlleistungen in Brüssel und Berlin bei der zentralen Impfstoffbeschaffung geraten in Vergessenheit, sogar die Herdenimmunität wird vor Wintereinbruch erreicht. Nein nicht im Frühsommer, nicht im Sommer, aber garantiert im Spätherbst soll jeder ab dem 12. Lebensjahr ein Impfangebot erhalten. Auch nicht mit Sputnik V, weil Impfen eben doch politisch ist. Doch Häme oder Ironie zur Impfstoffstrategie dieser Bundesregierung verbieten sich von selbst angesichts der Folgewirkungen nicht vorhandener Impfstoffmengen in den Bundesländern. Besonders die Lebensverhältnisse der Schwächsten dieser Gesellschaft sind eminent betroffen. Wie immer vor den Bundestagswahlen beginnen die Regierungsparteien mit medialer Offensive ihre Politikangebote schönzureden. Was in der Legislatur nicht angepackt wurde, ist jetzt Programm. Ob der Wahlsonntag ein optimistischer Tag für die deutsche Republik wird, bleibt offen. Noch prägt eine ungewisse Wechselstimmung die politische Momentaufnahme. Und überhaupt bleibt total unklar, warum bei den vielbeschworenen Herausforderungen die Parteigoismen nicht geringer werden. Wohl kein\*e Bewerber\*in für das Kanzleramt kann erklären, warum in Coronazeiten die Eindämmung der Parteigoismen nicht funktioniert. Die Lebenswirklichkeit ist nicht nur gefühlt anders. Die Straßenproteste nehmen zu – die Coronaproteste ausgenommen – und zeichnen Bilder der Politikverdrossenheit. Zum Thema »Mietenwahnsinn stoppen« ist der simple Verweis auf Nichtzuständigkeit der Berliner Landesregierung durch die oberste Gerichtsbarkeit doch kein Lösungsansatz. Auch die steigenden Kosten für die Energiebereitstellung, CO<sub>2</sub>-Preise und Infrastrukturentwicklung sind Themen der Unzufriedenheit. Verteilungsgerechtigkeit ist kein Thema für die K-Frage, aber für alle die Veränderungen wollen.



Jürgen Akuloff gratuliert Konni Wehlan zu ihrer Wahl als Landrätin am 9.9.2013

Auf 137 Seiten hat unsere Partei ihre Wahlziele formuliert. Im Kern geht es um die Stärkung des Sozialstaates, die friedliche Außenpolitik ohne Auslandseinsätze und die Klimaneutralität schon 2040. Alles soll flankiert werden durch eine Vermögensabgabe von 310 Milliarden Euro von Vermögenden mit über zwei Millionen Euro Netto. Wie das alles umgesetzt werden kann, erläutert der »Linksblick« mit den Direktkandidaten für die Wahlkreise und den zehn Kandidat\*innen der quotierten Landesliste. Für den Check der Wahlprogramme bleibt noch Zeit. Klar ist, den Politikwechsel zu alter Normalität wird es nicht geben. Corona hat strukturelle Wunden im Staatswesen offengelegt. Die Wahlentscheidungen können Abhilfe schaffen oder Ungerechtigkeit zementieren. Die Wahlbeteiligung wird zeigen, wie groß das Ungerechtigkeitsgefühl ist. Umwelt, Klima, Wohnen, Einkommen im Paket mit technologischen Veränderungen und Bildung sowie Europapolitik sind Prüfsteine für Veränderungen, deren Notwendigkeiten teilweise die allgemeine Akzeptanz fehlt. Für zu viele ist die Bundestagswahl eine Abwägung nach den Kriterien einer Personenwahl. In der Wahlzeit findet der Überbietungswettbewerb für Problemlösungen aller Art statt. Digital- und Printmedien leisten ihren Beitrag zur Meinungsbildung mit Unterstützung des Redaktionsnetzwerkes Deutschland. Was danach Koalitionspolitik wird, bleibt offen.

### Landratswahlen in TF

Die Frage, ob man eine Mobilitätsstunde vom politischen Machtzentrum Berlin entfernt, eine erfolgreiche Kommunalpolitik für den Landkreis Teltow-Fläming gestalten kann, ist hinreichend beantwortet. In diesem Fall sogar sehr personenbezogen und konkret. Landrätin Kornelia Wehlan wurde 2013 von den Wahlberechtigten sowie dem Kreistag souverän mit überzeugender Stimmenanzahl gewählt. Honoriert wurden die Kommunalpolitik für ihre Heimatstadt Luckenwalde sowie ihr landespolitisches Wirken für die ländliche Entwicklung. Das Wichtigste ist: Alle Wahlversprechen wurden Realität, besonders mit dem deutschlandweit begehrtesten Wirtschafspris. Die Bilanz ist selbstverständlich weit aus umfangreicher, ihre Quelle ist die Kernkompetenz erprobte bodenständige Erfahrung. Wie viele Namen auf dem Wahrschein für die Landratswahl stehen werden, ist noch offen. Eine zulässige Besonderheit ist die Bewerbung von zwei Mitgliedern des Führungsteams der Kreisverwaltung. Beide Dezernenten wurden 2017 erstmalig vom Kreistag in ihre Aufgabenbereiche gewählt. Über die Wahlaussagen wird noch zu lesen sein. Unser Votum ist klar, Konni Wehlan soll eine von 28 Landrätinnen in Deutschland bleiben. Dafür bleibt viel zu besprechen, auch ohne Gesprächsstoff Corona.

Jürgen Akuloff, Luckenwalde



### Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

Mitte Mai hat eine Mehrheit im Europäischen Parlament (EP) für einen Antrag unserer Linksfraktion gestimmt, die Patentrechte auf Corona-Impfstoffe in der Zeit der Pandemie auszusetzen. Es ist ein Erfolg der Linken und anderer progressiver Kräfte im EP, dass die EU-Kommission deutlich aufgefordert wurde, sich für die Freigabe von Patenten auf Impfstoffe und Medikamente gegen Corona einzusetzen. Wenn sich inzwischen über 100 Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation und selbst US-Präsident Biden für eine vorübergehende Aussetzung des Patentschutzes einsetzen, darf die EU nicht abseits stehen.

In der Juni-Plenartagung hat das EP nun abschließend zur Patentfreigabe auf Covid-19-Impfstoffe, Technologie- und Know-how-Weitergabe Position bezogen. Ergebnis bei der entscheidenden Passage: eine Stimme Mehrheit, angenommen! Danke an Helmut Scholz, unseren Brandenburger in Brüssel, der diese eine Stimme war. Schande für CDU/CSU, AfD und FDP, die dagegen stimmten!

FELIX THIER  
Kreisvorsitzender

**VON ANKE DOMSCHEIT-BERG**

## Digitalisierung und Klima müssen wir zusammendenken!

Bevor ich zum Bahnhof aufbreche, werfe ich noch einen Blick auf die Bahn-App, denn manchmal zeigt sie mir an, dass mein Zug verspätet ist. Dann setze ich mich wieder hin, trinke noch eine Tasse Tee und stehe mir nicht am Bahnhof die Beine in den Bauch. Solche Informationen sind heute in Echtzeit verfügbar, wir alle schätzen sie. Wie viel Energie- und Rohstoffverbrauch die unsichtbaren Rechenzentren, auf denen all diese Daten verarbeitet werden, und unsere kleinen Hosentaschen-Computer verursachen, ahnt man beim Wischen über den Bildschirm nicht.

Fakt ist: die Digitalisierung trägt erheblich zur Klimakrise bei. Ihr Beitrag ist schon so hoch wie der zivile Luftverkehr. Viel CO<sub>2</sub> verursacht allein die Herstellung der Geräte. Mit längeren Nutzungsdauern lässt



Jesco Denzel  
**BUNDESTAG UND KOMMUNE**

sich sehr viel CO<sub>2</sub> einsparen. Deshalb ist das Recht auf Reparatur wichtig. Verschleißprodukte wie ein Akku dürfen nicht fest verbaut sein, sondern müssen leicht auswechselbar sein, Reparaturanleitungen und Ersatzteilspezifikationen sollten frei zugänglich sein, damit auch unabhängige Fachleute oder Nutzer\*innen selbst Geräte reparieren können. Wenn Hürden für Reparatu-

ren gesenkt werden, erledigen sich viele Neukäufe, das ist nicht nur gut für das Klima, sondern auch für den Geldbeutel. Die Linksfraktion fordert außerdem eine Mindestupdatepflicht für Software, damit IT-Geräte länger genutzt werden können, ohne zum Sicherheitsrisiko zu werden.

Auch wie wir IT-Geräte nutzen beeinflusst unseren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck. Wenn wir ein Video über eine Glasfaser laden, ist das viel energieeffizienter als mit WLAN, mit WLAN ist es aber effizienter als über das Handynetz, mit 5G verbrauchen wir weniger als mit 4G. Wer viel streamt, sollte das berücksichtigen. Energieeinsparungen durch neue Technologien wie 5G oder Glasfaser dürfen jedoch nicht durch mehr Konsum aufgebraucht werden. Elektronische Geräte müssen wir klimabewusster nutzen, denn Ressourcen sind endlich und unser Planet verletzlich. Deshalb ist die Nachhaltigkeit der Digitalisierung einer meiner politischen Schwerpunkte.

Ich setze mich auch dafür ein, dass die öffentliche Hand ihrer Verantwortung für den eigenen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck gerecht wird. Das fängt mit Vorgaben für einen nachhaltigen Einkauf an. Rechenzentren des Bundes sollten ihren Stromverbrauch aus erneuerbaren Energien decken und die Abwärme für die Heizung von Gebäuden nachnutzen. Um genauer zu erfahren, was die Bundesregierung für eine klimaverträgliche Digitalisierung unternimmt, habe ich eine Kleine Anfrage gestellt. Über die Antworten kann ich in ein paar Wochen berichten.

### Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB  
Fraktion DIE LINKE.  
im Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227-73107  
Telefax: 030 227-76107  
E-Mail: [anke.domscheit-berg@bundestag.de](mailto:anke.domscheit-berg@bundestag.de)

**VON NORBERT MÜLLER**

## Draußen vor dem Tor – Warnstreik bei Mercedes-Benz in Ludwigsfelde

Es ist Donnerstagabend, der 22. April, um 22.30 Uhr. Vor dem Mercedes-Benz-Werk in Ludwigsfelde stehen einige Hundert Beschäftigte. Ein paar tragen rote Jacken mit einem kleinen IG-Metall-Emblem auf der Brust. Andere haben über ihre Alltagskluft gelbe Warnwesten geworfen, die im Licht der Scheinwerfer aufleuchten. Seit 22 Uhr stehen die Kolleg\*innen hier, wärmen sich an Kaffee und Bratwurst oder an einer Feuerzone, aus der der ikonische Stern, das Markenzeichen ihres Arbeitgebers, gebräut wurde. Sie werden die ganze Nacht hier stehen.

Die IG Metall hat sie zum Warnstreik aufgerufen. Die komplette Schicht ist dem Aufruf gefolgt. Alle Zugänge zum Werk sind dicht. Nicht nur hier am Südtor, wo sich die meisten versammelt haben, an allen Toren stehen Beschäftigte und passen auf, dass niemand den Streik bricht. Die Mercedesangestellten sind damit nicht allein. Bereits seit einer Woche sind überall im Osten der

Republik die Arbeiter\*innen in den großen Metall- und Elektrobetrieben immer wieder im Ausstand. Die Arbeitsniederlegungen sind dabei nicht nur symbolischer Natur. Der angekündigte 24-Stunden-Streik trifft eines der größten Unternehmen in der Region spürbar. Und so soll das auch sein. Denn hier geht es um eine der massivsten Ungerechtigkeiten der Nachwendzeit: Auch 31 Jahre nach der Wiedervereinigung müssen die Beschäftigten



privat  
**BUNDESTAG UND KOMMUNE**



Unterstützung der Forderungen durch DIE LINKE in der ersten Streiknacht

in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie jede Woche drei Stunden länger arbeiten als im Westen. Deshalb will die IG Metall in Brandenburg, Berlin und Sachsen in der laufenden Tarifrunde mit der Forderung nach einem Tariflichen Angleichungsgeld (TAG) die schrittweise Angleichung durchsetzen.

Als die Nachricht kam, dass bei Benz in Ludwigsfelde gestreikt wird, war mir klar, dass ich als als Bundestagsabgeordneter der LINKEN dorthin muss. Also rief ich kurzerhand Isabelle Vandré, meine Kollegin aus dem Brandenburger Landtag, an und stieg mit ihr ins Auto nach Ludwigsfelde. Man hat-

te uns gesagt, wir könnten auch zur Kundgebung am nächsten Tag kommen. Da sei dann vermutlich auch Presse da. Aber wir wollten gerade bei der ersten Schicht sein, die in den Ausstand gehen würde. Und so kommen wir kurz nach 22 Uhr in Ludwigsfelde an. Auch ein paar Genoss\*innen vom Stadtverband und der linksjugend [‘solid] Teltow-Fläming sind kurzfristig gekommen. Ich gebe IG Metall-TV ein Interview, halte eine kurze Rede, in der ich den Kolleg\*innen Mut zuspreche. Als wir nach gut zwei Stunden wieder in die dunkle Nacht fahren, merke ich: Die Entschlossenheit der Kolleg\*innen lässt Hoffnung in mir aufkeimen, dass 30 Jahre nach der Wende endlich die Zeit für die Angleichung von Löhnen, Arbeitszeiten und Renten gekommen ist.

### Kontakt:

Norbert Müller, MdB  
Fraktion DIE LINKE.  
im Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 03385 494521  
Telefax: 03385 494522  
E-Mail: [norbert.mueller@bundestag.de](mailto:norbert.mueller@bundestag.de)

VON HELMUT SCHOLZ

## Entschiebung des Parlaments »Russland, der Fall Alexej Nawalny, der Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine und die russischen Angriffe in der Tschechischen Republik«

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat nach Alexei Nawalyns Verurteilung die russische Regierung aufgefordert, ihn aufgrund der realen Gefahr für sein Leben freizulassen.

DIE LINKE im Europäischen Parlament (EP) unterstützt diese Forderung und bedauert, dass die Russische Föderation in diesem und wie in zahlreichen anderen Fällen die Rechtsprechung des EGMR nicht nur nicht anerkennt und umsetzt, sondern damit auch die eigene Mitgliedschaft in der Europäischen Menschenrechtskonvention konterkariert.

Wir verurteilen den Versuch der russischen Regierung, kritische Stimmen in Russland zum Schweigen zu bringen. Dabei geht es nicht nur um die mit Nawalny verbundenen Organisationen, die auch aus der EU politische und finanzielle Unterstützung erhalten. Auch die Bedingungen für die Arbeit vieler anderer kritischer zivilgesellschaft-



Uwe Völkner/FOX

EUROPA UND KOMMUNE

licher Initiativen, darunter sehr viele sozial-engagierte, friedens- und umweltpolitische und linke Kräfte, verschlechtern sich seit Jahren massiv.

Auch wenn wir unterschiedliche Bewertungen hinsichtlich der Entwicklung in der Ukraine und der Ursachen des Konflikts mit Russland haben, sind wir uns einig, dass es nur eine politische Lösung der damit verbundenen komplexen Konflikte gibt. Die Demonstration militärischer Stärke ist dafür ungeeignet, sie birgt vielmehr Gefahren für den Frieden in Europa.

Die Resolution des EP von Ende April betrachtet diese Situation jedoch einseitig und aufgrund der Analyse, dass Russland ein Feind der EU und ihrer Mitglied- und osteuropäischen Nachbarstaaten ist. Das Drehen an der Konfrontations-

wofür die Stationierung von NATO-Kontingenten an den russischen Grenzen und NATO-Militärmanöver mit antirussischer Stoßrichtung nur zwei Beispiele sind.

Seit 2014 verweigern sich die Russische Föderation und die EU einem überfälligen und neu anzustoßenden Dialog. Statt in eine offene Diskussion über die vielen strittigen Fragen einzutreten, werden gegenseitig Sanktionen erlassen und der Krieg der Worte immer weiter forciert.

Das EP treibt mehrheitlich diese Konfrontationsspirale seit Jahren weiter voran, ohne substantielle Veränderungen in den bilateralen Beziehungen zu erreichen. Wir bleiben dabei: in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU sind die Lehren aus zwei Weltkriegen, der Zeit des Kalten Krieges und dem KSZE-Prozess zu ziehen. Das erfordert am vordringlichsten, das verbale Säbelrasseln zu beenden und Schritte zum Abbau der Spannungen mit Russland zu ergreifen. Das bedeutet, einen Prozess der Vertrauensbildung, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu beginnen, wieder normale Handels- und Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturbeziehungen im gegenseitigen Interesse und vor allem im Interesse des Zusammenführens von Potentialen zur gemeinsamen Bewältigung der vor uns stehenden globalen Herausforderungen aufzubauen.

### Patentschutz für

### Corona-Impfstoff aufheben

Gegen den erbitterten Widerstand der Wirtschaftsliberalen hat eine Mehrheit der EU-Abgeordneten Gewissen gezeigt und damit auch der Forderung von über 100 Mitgliedstaaten der WTO beigegeben, den Patentschutz auf Corona-Impfstoffe vorübergehend auszusetzen. Das ist ein Votum für die Menschlichkeit. Die Abgeordneten von CDU, AfD und FDP waren dagegen.

Die EU-Kommission ist nun durch diesen Parlamentsbeschluss deutlich aufgefordert, bei den laufenden Verhandlungen in Genf Farbe zu bekennen und allen Menschen Zugang zu Impfstoff zu ermöglichen. Das tägliche Sterben von Tausenden Menschen an dem Virus, gerade in den ärmeren Regionen der Erde, muss ein Ende haben. Eine Pandemie kann nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn sie global, zeitgleich und umfassend bewältigt wird. Gemeinsam. Denn jeden Tag verlieren 10.000 Menschen ihr Leben durch Covid-19.

#### Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 227-71890

Telefax: 030 227-76819

E-Mail: [wk@helmutscholz.eu](mailto:wk@helmutscholz.eu)

VON ISABELLE VANDRÉ

## Und nochmal: Keine Geschenke den Hohenzollern!

In den letzten Monaten gab es viel Bewegung in Bezug auf die Entschädigungsforderungen der Hohenzollern. Bereits in der letzten Phase der Unterschriftensammlung für die Volksinitiative der LINKEN kristallisierte sich zunehmend heraus: es gibt keinen Streit zwischen den Historiker\*innen bezüglich der Frage, ob das Haus Hohenzollern dem Nationalsozialismus erheblichen Vorschub geleistet hat. Vielmehr gelangten immer mehr Beweise an die Öffentlichkeit, die zeigten, dass Kronprinz Wilhelm von Preußen durch sein Wirken und Handeln zur Zerstörung der Weimarer Demokratie beitrug. Auch die Klagewelle gegen Wissenschaftler\*innen, Journalist\*innen

und Politiker\*innen, mit der Georg Friedrich Prinz von Preußen der öffentlichen Debatte über das Agieren seiner Vorfahren begegnete, stieß zunehmend auf Kritik – die Position, dass Verhandlungen unmöglich sind, so lange er keinen öffentlichen Diskurs zulässt, setzte sich auch in der Landesregierung durch. Dem folgte die SPD-CDU-Grüne-Koalition in ihrem Umgang mit der Volksinitiative. Zwar lehnten die Regierungskoalitionen die Volksinitiative ab, aber es wurde deutlich, dass es keine weiteren Verhandlungen mit dem Haus Hohenzollern geben wird.

Wir hätten erwartet, dass der Landtag deren absurde Forderungen, wie beispielsweise jene nach einem Wohnrecht, ein für alle Mal zurückweist. Wir haben uns gewünscht, dass der Brandenburger Landtag sich der Beschlussfassung des Berliner Abgeordnetenhauses an-



LANDTAG UND KOMMUNE

schließt – einen entsprechenden Entschließungsantrag haben wir eingereicht. Auch dieser wurde von SPD, CDU und Grünen abgelehnt, obwohl ihn die rot-rot-grüne Koalition in Berlin gemeinsam eingebracht hatte. Uns reicht es auch nicht, dass die Verhandlungen nur aktuell mit dem Haus Hohenzollern

ausgesetzt sind. Unseres Erachtens muss es in jedem Fall eine endgültige, juristische Klärung der Frage geben, ob Kronprinz Wilhelm von Preußen dem Nationalsozialismus erheblichen Vorschub geleistet hat. Daran wird sich sowohl die ziemlich dünne Beschlussempfehlung der Koalition, als auch das Handeln der Landesregierung in den nächsten Monaten messen lassen müssen!

#### Kontakt:

Isabelle Vandré, MdL

Fraktion DIE LINKE.

im Landtag Brandenburg

Alter Markt 1  
14467 Potsdam

Telefon: 0331 966-1533

E-Mail: [isabelle.vandré@linksfraktion-brandenburg.de](mailto:isabelle.vandré@linksfraktion-brandenburg.de)

Facebook: [facebook.com/isabelle.vandré](https://www.facebook.com/isabelle.vandré)

## 1. Mai in Jüterbog



v. l. n. r.: **Kornelia Wehlan**, Landrätin zur Wiederwahl; **Tobias Bank**, Direktkandidat DIE LINKE, WK 60, zur Bundestagswahl; **Dietlind Biesterfeld** (SPD), Beigeordnete des Landkreises; **Maritta Böttcher**, Vorsitzende des Regionalvorstandes TF Süd der LINKEN; **Erik Stohn**, Landtagsabgeordneter der SPD

**Maritta Böttcher** (DIE LINKE) und **Gabi Dehn** (SPD) ehren und gedenken der besten und treuesten Söhne der Arbeiterklasse. **Erich Jeserigk**, **Hermann Steinberg**, **Alfred Franze**, **Josef Piofezyk**, die inhaftiert, geschlagen, gefoltert und schließlich in faschistischen KZ feige ermordet wurden.

## Rede von Tobias Bank, Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 60 zur Bundestagswahl

»Vorwärts, und nie vergessen, worin unsre Stärke besteht! Beim Hungern und beim Essen, vorwärts und nicht vergessen, die Solidarität!« heißt es im Solidaritätslied, das textlich von Bertolt Brecht und musikalisch von Hanns Eisler im Jahr 1931 geschaffen wurde.

Heute, genau 90 Jahre später, ist in einer sich immer mehr globalisierenden Welt und erst recht in der aktuellen Pandemiesituation, die Solidarität untereinander wichtiger denn je. Deswegen ist das Motto des heutigen Mai-Feiertages »Solidarität ist Zukunft« vor allem eins, nämlich aktuell und zeitgemäß.

Gewerkschaften und linke Parteien setzen sich seit jeher für Solidarität ein. Vor allem solidarisches Handeln in der Arbeitswelt ist zentraler Bestandteil der gewerkschaftlichen Identität. Denn nur gemeinsam ist es möglich, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, damit Beschäftigte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gerade in einer globalen Wirtschaft ist es für einige Arbeitgeber\*innen nämlich ein Leichtes, Standorte zu verlagern und sich damit immer wieder eines Totschlagarguments zu bedienen. Es ist deshalb wichtig, dass sich Arbeitnehmer\*innen global vernetzen und auch grenzübergreifend solidarisch sind.

Das nenne ich internationale Solidari-

tät. Also zum Beispiel auch dann zu protestieren, wenn bei einem Unternehmen in einem anderen Land Jobs gestrichen werden sollen oder die Arbeitsbedingungen, wie in Indien oder Bangladesch, menschenunwürdig sind.

»Solidarität ist Zukunft!« Ich sage, richtig so! Denn zu Recht verlangen Arbeitnehmer\*innen eine verlässliche Beschäftigungssicherung und einen gerechten Anteil an dem, was sie mit erwirtschaftet haben. Zu Recht machen sich Arbeitnehmer\*innen gegen Nullrunden stark, weil sie durch Gewerkschaften und linke Parteien passgenaue Lösungen für die Umbrüche unserer Wirtschaft vorlegen, die aber von der Arbeitgeberseite selten beachtet werden. Wir streiken also nicht nur, wenn es sein muss, sondern wir wollen konkret die Transformation der Arbeitswelt der Zukunft mitgestalten. Zu Recht sind Beschäftigte empört, wenn die Corona-Pandemie genutzt wird, um Lohnerhöhungen auch in gut laufenden Betrieben abzulehnen und stattdessen sogar Lohnkürzungen ins Spiel bringen. Zu Recht geht ein Aufschrei durch die Gesellschaft, wenn Konzerne ihre Beschäftigten auf Kurzarbeitergeld setzen, dennoch staatliche Unterstützung abfassen und dann Gewinne an ihre Aktionär\*innen ausschütten. Einige

Arbeitgeber\*innen wollen offensichtlich zudem die Pandemie nutzen, um den Beschäftigten Restrukturierungspläne aufzuzwingen, die schon lange vorher in den Schubladen lagen. Wer darauf spekuliert, dass die Beschäftigten sich in der jetzigen Situation schon nicht wehren werden, instrumentalisiert die Pandemie für seine profitgeleiteten Zwecke. Und dazu müssen wir erst recht am Tag der Arbeit sagen: Pfui Teufel, das ist unsolidarisch und das lassen wir mit uns nicht machen! Viele Unternehmen haben in den letzten Jahren hohe Gewinne eingestrichen und viele tun das ungeniert auch in der aktuellen Krise. Die Internetgiganten Amazon und Zalando sind nur zwei Beispiele. Diese Unternehmen können und müssen auf Kurzarbeit verzichten, ihren Beschäftigten eine anständige Lohnerhöhung zugestehen! Denn das macht auch gesamtwirtschaftlich Sinn, denn nur mit einer Stärkung der Kaufkraft kann eine stärkere Rezession unserer Wirtschaft verhindert werden. Alles andere ist keine zukunftsgewandte Wirtschafts- und Unternehmenspolitik. Außerdem bin ich froh, dass das so wichtige Thema Ost-West-Angleichung aktuell mit Nachdruck auf die Tagesordnung gesetzt wurde. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es ein Skandal,

dass die Löhne in Ost und West in der metallverarbeitenden Industrie noch immer nicht angeglichen sind. DIE LINKE kämpft seit 30 Jahren dafür und zu den Beschäftigten kann ich nur sagen: Wir stehen an Eurer Seite. Den Druck, den Ihr auf die Straße bringt, den bringen wir in die Parlamente. Solidarität ist die Zukunft des Sozialstaats, denn nicht der Markt hat uns bisher durch die Krise geholfen, sondern ein starker Sozialstaat. Deswegen gilt es nach der Krise mehr denn je, den Sozialstaat zu stärken und auszubauen. Unsere Systeme der sozialen Sicherung müssen allen ausreichenden Schutz bieten. Der Facharbeiterin und dem Angestellten genauso wie Soloselbstständigen und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Solidarität ist kein Luxus [...] Solidarität ist das Mittel gegen Hetze und Spaltung, sie verhindert die Ausgrenzung von Menschen und sie nimmt Menschen die Angst, zurückgelassen zu werden [...] Solidarität ist das Fundament der Demokratie. Deswegen: »Wollen wir es schnell erreichen, brauchen wir noch dich und dich. Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich. Vorwärts, und nie vergessen, worin unsre Stärke besteht! Beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nicht vergessen, die Solidarität!«

# In allen Ansprachen wurde eins deutlich: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

**Zehn Millionen Soldat\*innen der Roten Armee haben im Kampf gegen den deutschen Faschismus ihre Leben verloren.**

Die faschistischen »Herrenmenschen« führten ab dem 22. Juni 1941 einen brutalen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, dem etwa 20 Millionen sowjetische Zivilist\*innen zum Opfer fielen. Dieser blutrünstige Albtraum fand erst am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Armeen sein verdientes Ende. Gedacht wurde auch der Kämpfer\*innen gegen den Faschismus, die in der Zeit der Weimarer Republik und des Faschismus gekämpft, gehofft und gelitten haben – als Interbrigadist\*innen in Spanien, im Untergrund oder Exil, in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern. Nach 1945 wirkten sie mit an dem Versuch, in einem Teil Deutschlands ein freies, friedliches, sozialistisches Deutschland aufzubauen – ein Versuch, der leider aus verschiedenen, inneren wie äußeren Gründen scheiterte.

»Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.« Dieser im Schwur von Buchenwald formulierte politische Auftrag bleibt uns erhalten, ja er ist angesichts der sich verschärfenden Spannungen zwischen den USA/NATO, China und Russland, der wachsenden Gefahr eines mit Atomwaffen geführten Dritten Weltkrieges und des erneuten Erstarkens faschistischer Parteien und Bewegungen von ungebrochener Aktualität und Dringlichkeit. Obwohl in Sonntagsreden viel von »Nicht vergessen« und »Lehren aus der Vergangenheit« zu hören ist, werden Antifaschist\*innen in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder zum Ziel staatlicher Repression. Wer Antifaschist\*innen und ihre Organisationen angreift, schwächt den antifaschistischen Widerstand und stärkt den wiederaufstrebenden Faschismus!

**Alexander Fröhlich**, Blankenfelde-Mahlow

## Gedenken zum 8. Mai



**Jüterbog** Sowjetisches Ehrenmal, Am Dammtor;  
Foto: Ulrike Anders



**Jüterbog** Gräberfeld gefallener russischer Soldaten an der Liebfrauenkirche, ergänzt durch die Umbettung von 16 Grabstellen vom Beerstrauch, wo nur die Stele im Rahmen des Straßenbaus B102 rekonstruiert wurde; Foto: Ulrike Anders



**Großbeeren** Bereits am 19.4.2021 gedachte DIE LINKE. Großbeeren in aller Stille der Häftlinge und Todesopfer des ehemaligen faschistischen Arbeitserziehungs- und Gestapodurchgangslagers und des Stalag III D, Kdo. 82 in Großbeeren. An der Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus wurde zunächst ein Blumengesteck niedergelegt und anschließend rote Nelken an der Gedenkanlage »Hintere Friedhofsmauer« sowie am ehemaligen Lagerbereich des »Arbeitserziehungs- und Gestapodurchgangslagers«. Anlass war der 76. Jahrestag der Auflösung des Lagers, in dem zehntausende Häftlinge gefangen gehalten wurden und großes Leid ertragen mussten. Bis zu jenem 19. April 1945 kamen hier ca. 1.300 Häftlinge aus 24 Nationen durch die Nationalsozialisten zu Tode.



**Blankenfelde** Der renovierte sowjetische Ehrenfriedhof



**Blankenfelde** Ewigen Dank den gefallenen Soldatinnen und Soldaten der Roten Armee



**Luckenwalde**  
Jürgen Akuloff und Kornelia Wehlan, Landratskandidatin der LINKEN, während des Gedenkens zum Tag der Befreiung 2021 am Sowjetischen Ehrenfeld auf dem Waldfriedhof in Luckenwalde; Foto: privat



**Luckenwalde** Stilles Gedenken zum Tag der Befreiung 2021 auf dem STALAG-Friedhof in Luckenwalde, Felix Thier (vorn), Vorsitzender des Kreisverbandes; Foto: Erik Scheidler

## DABEI SEIN:

### TERMINE UND AKTIONEN

**Kornelia Wehlan vor Ort mit dem Infomobil der LINKEN Brandenburg**  
19.6.2021, 10 Uhr  
Dahme/Mark am Freibad

**Beratung Landeswahlkampfbüro**  
22.6.2021, 18 Uhr  
Ort noch offen

**Regionalvorstand TF Süd**  
7.7.2021, 19 Uhr  
Bürgerbüro Jüterbog

**Beratung Redaktion Linksblick**  
14.7.2021, 17.30 Uhr  
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

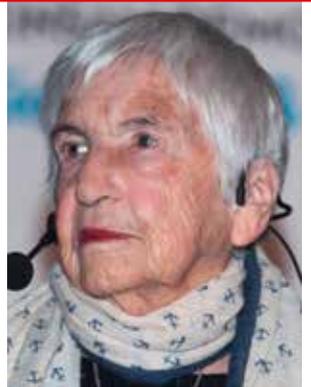
**Beratung Kreisvorstand**  
14.7.2021, 19 Uhr  
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

**Roter Treff**  
21.7.2021, 14.30–18.30 Uhr  
Bergschlösschen Jüterbog

**Zuckertütenfest**  
31.7.2021, 14.30–17.30 Uhr  
Schlosspark Jüterbog



**Beratung Kreisvorstand**  
18.8.2021, 19 Uhr  
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde



Sven Teschke, CC BY-SA 3.0, Wikipedia

**NIE WIEDER KRIEG**  
Ihr tragt keine Schuld für das,  
was passiert ist,  
aber ihr macht euch schuldig,  
wenn es euch nicht interessiert.  
*Esther Bejarano*

Am 3. Mai 2021 hat Holocaust-Überlebende Esther Bejarano (\*1924) anlässlich ihrer Befreiung auf dem Todesmarsch von Ravensbrück im kleinen mecklenburgischen Städtchen Lübz durch sowjetische und amerikanische Soldaten, ihre Forderung bekräftigt, den 8. Mai ab 2022 endlich zum Feiertag machen!

**Die Redaktion**

## Linksoben



### Sie haben sich getraut!

Am 28. Mai gaben sich Sabine und Rüdiger in Jüterbog das Ja-Wort. Eigentlich sollte Sabine ihn nur für DIE LINKE gewinnen und nun sind sie verheiratet. Herzlichen Glückwunsch, euch beiden!

Die Redaktion



### Neustart Kultur

Im Kulturzentrum DAS HAUS Altes Lager (Gemeinde Niedergörsdorf) waren am 5. Juni 2021 150 gut gelaunte Gäste und glückliches Personal anzutreffen. Und ein ebenso gut gelaunter Gregor Gysi, der eigentlich schon für Oktober letzten Jahres zur Lesung seiner Autobiografie »Ein Leben ist zu wenig« eingeladen hatte. Seitdem herrschte bis jetzt kulturelle Stille. Nur Beratungen gab es hier im Saal und das ist wirklich andere Kultur! Über die noch immer nicht einfachen Umstände soll hier mal keine Rede sein, aber ein Dank an die Organisator\*innen und Veranstaltenden. Das Publikum war sehr zufrieden und genoss die kurzweilige Lesung mit dem Politiker Gregor Gysi im Hausgarten bei Sonnenschein und guter Laune.

Die Redaktion



Kornelia Wehlan, Landrätin in Teltow-Fläming zur Wiederwahl, freute sich, Gregor Gysi mal wieder in TF begrüßen zu können.

## Tag der Pflege in Königs Wusterhausen und Lübben

In Vorbereitung des Internationalen Tages der Pflegenden informierte sich Carsten Preuß, der Direktkandidat der LINKEN im Bundestagswahlkreis 62, über die Lage in der Pflege. Carsten Preuß würdigte die Arbeit der Pflegekräfte, insbesondere deren Arbeit in der Pandemie. Ihr engagierter Einsatz hat mit dazu beigetragen, die sehr belastende Situation für Kranke, pflegebedürftige Menschen oder für Menschen mit Behinderung so gut wie es ging, doch noch erträglich zu gestalten. Sachkundig beantwortete Carola Ahlert, Geschäftsführerin der Bürgerhilfe der Volkssolidarität, die gestellten Fragen über die Tätigkeit des gemeinwohlorientierten Unternehmens. »Die Privatisierung im Gesundheitswesen sei ein Fehler gewesen, denn dort dürften keine Profite erzielt werden«, so Ahlert. Carsten Preuß ergänzte: »Der noch immer laufende Prozess der Privatisierung und der Schließung von Krankenhäusern muss gestoppt werden.« Frau Ahlert betonte, dass es sozial sei, wenn der Eigenanteil der Pflegenden unbedingt bezahlbar bleiben müsse, diese dürfen nicht auf das Sozialamt verwiesen werden. Preuß erläuterte, dass eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung für soziale Gerechtigkeit sorgen und die Pflegeversicherung dauerhaft stabil finanziert werden kann. Alle Menschen – auch heute privat

Versicherte – sollen entsprechend ihrem Einkommen aus Löhnen, Honoraren und Kapitalerträgen in die Bürgerversicherung einzahlen. Arbeitgeber\*innen übernehmen die Hälfte der Pflegeversicherungsbeiträge ihrer Beschäftigten auf Löhne und Gehälter. So können die notwendigen Leistungsausweitungen solidarisch finanziert werden. Ausführlich ging die Geschäftsführerin auf die verantwortungsvolle Arbeit der Pflegerinnen und Pfleger ein. Die Volkssolidarität hat einen paritätischen Tarifvertrag mit ver.di, der den Pflegenden ein gutes Gehalt sichert. Die Bezahlung ist wichtig, aber die große psychische Belastung bei der Arbeit findet keine ausreichende gesellschaftliche Wertschätzung, ihre Arbeit verdient vor allem Respekt. Pflegerinnen und Pfleger müssen endlich als das anerkannt werden, was sie sind: eine große Berufsgruppe, die von Millionen Menschen gebraucht wird. Zur Anerkennung gehört auch, endlich eine bundesweite Pflegekammer zu etablieren. Frau Ahlert ist überzeugt, dass die neu eingeführte generalisierende Pflegeausbildung den Beruf attraktiver werden lässt. Carsten Preuß und Michael Wippold, Kreisvorsitzender DIE LINKE. LDS, bedankten sich für das äußerst informative Gespräch. Aus gleichem Anlass besuchte Carsten Preuß gemeinsam mit der

Kreistagsabgeordneten der LINKEN in LDS, Karin Weber, Lübben. Auf dem Marktplatz von Lübben kamen Preuß und Weber mit Marktbesucherinnen und -besuchern ins Gespräch. Sie würdigten den engagierten Einsatz der Pflegekräfte, insbesondere deren Arbeit in der Pandemie. Sie erläuterten die Positionen der LINKEN für eine solidarische Pflege. Aufschlussreich waren die Gespräche von Carsten Preuß mit drei Pflegerinnen. Sie berichteten über die sehr stressigen Arbeitsbedingungen, da die Kliniken ständig unterbesetzt seien. Die Folgen der Privatisierung

seien immer vehementer spürbar. So hat das Asklepios Fachklinikum Lübben während der Pandemie Mitarbeiterinnen entlassen und eine Abteilung geschlossen. Auch im Klinikum Dahme-Spreewald, das zum Sana-Konzern, der wieder Millionen an Gewinnen eingefahren hat, gehört, verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen. Die Gespräche zeigten, dass es einen Systemwechsel in Pflege und Gesundheit geben muss.

**Carsten Preuss**, Zossen  
**Wolfgang Grützmaier**,  
KV Dahme-Spreewald



Carsten Preuß auf dem Markt in Lübben

## Obstbäume für Mensch und Natur

Vielleicht kennen die einen oder anderen das auch noch aus ihrer Jugend oder von Erzählungen der Großeltern. Früher gab es viele Wege auf denen Obstbäume zum selbstpflücken standen. Diese hatten schon allein für die Bevölkerung einen echten Nutzen und sind heute viel zu selten anzutreffen. Mein Opa zum Beispiel hat mir erzählt, wie er und die anderen Kinder früher an diesen Bäumen genascht haben. Was gibt es auch besseres als regionales Obst, direkt vom Baum und Kinderaugen die leuchten, wenn die reifen Kirschen gepflückt und gegessen werden können.

Wir, die Linksjugend ['solid] Teltow-Fläming, haben im April zehn Obstbäume gepflanzt. In Wietstock (Ortsteil von Ludwigsfelde) pflanzten die Ludwigsfelder und Blankenfelder Mitglieder der Linksjugend gemeinsam die Obstbäume »Für Mensch und Natur«.

Ziel ist es gewesen, einen Feldweg durch die Äpfel, Birnen und Kirschen zu verschönern und ihm gleichzeitig einen weiteren Nutzen zu verschaffen. Das Pflanzen der Bäume und den daraus resultierenden Nutzen für Insekten und Menschen nennen wir aktiven Klimaschutz. Es bringt nichts, immer nur woanders hinzuzeigen, wenn es um Arten-

vielfalt, Klimaschutz oder die Urbanisierung und Verdichtung von Orten geht. Klima- und Insektenschutz bedeutet schlussendlich Planeten- und damit Menschenschutz. Und damit muss man klein anfangen, um groß zu wirken. Die Bäume von Wietstock sollen also Symbol und aktiver Klimaschutz zugleich sein. Insekten und Kleinstlebewesen finden in den Bäumen Zuflucht und Nahrung, der Mensch kann von den reifen Früchten »naschen« (wozu alle Spaziergänger\*innen und Bewohner\*innen aufgerufen sind) und das Klima dankt sowieso für jeden Baum. Und zeitgleich sollen die Obstbäume als Anreiz gelten. Vielleicht hat jemand noch Platz im Garten, oder vielleicht stellen andere Orte Flächen für solche Streuobstwege zur Verfügung. Denn erst mit der Masse wird aus dem Symbol ein erfolgreiches Projekt. Darum werden auch wir von der Linksjugend nicht aufhören. Für den Herbst wird bereits geplant und diskutiert, wo die nächsten Bäume hin könnten. Und wenn uns jemand beim Gießen helfen möchte, ist er oder sie stets willkommen.

**Tobias Lübbert**, Ludwigsfelde



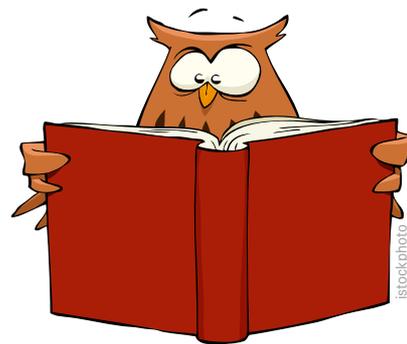
**Baumpflanzaktion:** v. l. n. r. Sophie Bicher, Julia Bicher, Tobias Lübbert, Svenja Lübbert, Paul Herzlieb, Bastian Litzba



DIE LINKE. Brandenburg hatte zur Baumspende aufgerufen. Damit wird unser CO<sub>2</sub>-Fußabdruck zum Wahlkampf 2021 in Brandenburg kompensiert.

V. l. n. r.: Anke Scholz, Angelika Tepper, Roland Scharp

## L E S E U L E



### »Das Leben ist etwas ungemein Persönliches, und jedes gibt es wie jeden Menschen nur ein einziges Mal.«

Nach einem Prolog, einer Kombination aus Prosa und Gedicht, sowie der Inhaltsübersicht lese ich diesen Satz, mit dem Gisela Steineckert, die seit dem 13. März 2021 nunmehr 90-Jährige, ihre »Gedanken, Gedichte und Voraussichten« äußert, wie schon der Untertitel ihres neuesten Buches »Langsame Entfernung« verkündet.

Wieviel »Persönliches« gibt eine Autorin an ihre Leser\*innen oder Zuhörer\*innen weiter? Schon überlege ich, ob uns das als Leser\*innen wirklich interessiert. Bei Gisela Steineckert weiß ich, dass es keine Belanglosigkeiten gibt, die sie mitteilt, also mit uns teilen will.

Ihre Gedanken- und Erlebnisvielfalt äußert sie in kurzen Texten, die scheinbar zusammenhanglos wirken, aber durch ihr eigenes Leben zusammengehalten werden. Dabei kann sie Episoden, kurze, aber beeindruckende Begegnungen genauso wie in Jahren gesammelte Lebenserfahrungen äußern. Immer »zwingt« sie mich zum Innehalten: Trifft das auch auf mich zu? Die Geschichte einer neunfachen Mutter steht unter dem Titel »Ich habe das Glück gesehen«. Wie tief kann die Autorin in die Seele anderer Menschen blicken?! Gisela Steineckert hat über 4.000 Liedtexte für DDR-Sänger\*innen geschrieben. Wieviel Empfindsamkeit benötigt sie, um Sänger\*in, Text und Melodie gerecht zu werden?! »Welche Bereitschaft, sich erkennen zu lassen, gehört dazu, sich so zu öffnen.« Die Autorin von über 50 Büchern, zu DDR-Zeiten kamen noch zehn Filmszenarien und fünf Hörspiele dazu, stand und steht mitten im gesellschaftlichen Leben. Es ist ihr immer wichtig, ihre Texte, ihre Gedanken ihrem Publikum direkt mitzuteilen – von Angesicht zu Angesicht zu erleben, ob sie »den Nagel auf den Kopf getroffen« hat.

Wie ein roter Faden ziehen sich Texte, die die Rolle ihres Ehemannes Wilhelm widerspiegeln. So viel Feingefühl, blindes Vertrauen und Verstehen zwischen ihnen ... Trotz seines Todes holt sie sich noch heute Rat bei ihm. Was für ein »Kunstwerk Leben«, wie es Irmtraud Gutschke in einer Rezension beschreibt!

Ein Buch, das mich auch beim zweiten Lesen Neues entdecken lässt.

**Ingrid Köbke**,  
Nuthe-Urstromtal



**Gisela Steineckert**  
**Langsame Entfernung.**  
Gedanken,  
Gedichte und  
Voraussichten

Gebunden, 192 Seiten,  
Verlag Neues Leben, 15 Euro  
ISBN 978-3-355-01899-9

## DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

### Geschäftsstellen und Bürgerbüros

**14943 Luckenwalde**  
Zinnaer Straße 36  
Telefon: 03371 632267  
Telefax: 03371 636936  
E-Mail: info@dielinke-tf.de  
dielinke-luckenwalde.de

**14913 Jüterbog**  
Große Straße 62  
Telefon: 03372 432691  
Telefax: 03372 443033  
E-Mail: tf.sued@  
dielinke-teltow-flaeming.de  
dielinke-tf-sued.de

**14974 Ludwigsfelde**  
Albert-Tanneur-Straße 17  
Telefon: 03378 510653  
Telefax: 03378 510654  
E-Mail: ludwigsfelde@  
dielinke-tf.de  
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)  
[instagram.com/dielinke.tf](https://www.instagram.com/dielinke.tf)

**Auch interessant:**  
dielinke-rangsdorf.de  
dielinke-zossen.de  
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

### Spendenkonto

Mittelbrandenburgische  
Sparkasse Potsdam (MBS)  
IBAN:  
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe  
und Zuschriften sind  
ausdrücklich  
erwünscht.**

### Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.  
Kreisverband Teltow-Fläming  
V.i.S.d.P.: Felix Thier  
vorsitz@dielinke-tf.de  
Redaktion: Maritta Böttcher  
redaktion@dielinke-tf.de  
Redaktionsschluss: 2. Juni 2021  
Layout und Druck: MediaService GmbH  
Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,  
100% Recycling  
Auflage: 1.700, Juni 2021  
Veröffentlichte Beiträge müssen  
nicht in jedem Fall mit der Meinung  
des Herausgebers übereinstimmen.

## 3X3 FRAGEN:

Unser Landkreis ist in drei Bundestagswahlkreise aufgeteilt. Bis zur Wahl am 26. September werden wir unsere Direktkandidaten mit kurzen Fragen und Antworten vorstellen – dem 3 x 3.

**Tobias Bank**, Jüterbog  
und Niedergörsdorf

### 1. Was ist derzeit Dein wichtigstes politisches Projekt?

In meiner Heimatgemeinde arbeiten wir seit mehreren Monaten daran, für besonders von Mietsteigerungen betroffene Wohnsiedlungen sogenannte Milieuschutzsatzungen zu erlassen. Dafür haben wir als LINKE mehrere Initiativen gestartet. Die Empfehlung unserer konzernfreundlichen Verwaltung, diese nicht anzunehmen, wurde im Mai 2021 abgelehnt. Das heißt, dass die Mehrheit der Gemeindevertreter\*innen das Problem erkannt hat und das Mittel der Milieuschutzsatzung für geeignet hält. Wir stehen also kurz vor der Umsetzung. Das ist ein Erfolg für alle Mieter\*innen.

### 2. Welche ist deine vorrangige Botschaft an die Wählerinnen und Wähler?

DIE LINKE ist das gute Gewissen unserer Gesellschaft. Sie ist häufig Korrektiv des täglichen Regierungs- und Verwaltungshandelns, weil sie Menschen eine Stimme in den Parlamenten und Vertretungen gibt, die sonst nicht gehört werden. Oder kennen Sie eine andere Partei, die sich so stark für Hartz-IV-Empfänger\*innen und eine Bürgerversicherung, für Kinderrechte im Grundgesetz und die bundesweite Abschaffung von Studiengebühren, für Geringverdiener\*innen und mehr Steuererechtigkeit, für Alleinerziehende und prekäre Renter\*innen einsetzt? Ich nicht. Daher braucht es DIE LINKE.

### 3. Was sagst du jenen, die sich noch nicht entschieden haben, warum ist deine Wahl erste Wahl?

Die Auswirkungen der Klimakrise, der notwendige Strukturwandel in einigen Regionen sowie die Umstrukturierungen in der Arbeitswelt müssen bezahlt werden, wenn wir zukunftsfähig bleiben wollen. Mit Ihrer Wahl des Deutschen Bundestages entscheiden Sie, wer dafür bezahlt. DIE LINKE setzt sich für eine Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz ein, damit die Super-Reichen endlich einen angemessenen Beitrag für die bevorstehenden Aufgaben leisten.

**Carsten Preuß**, alle anderen  
Kommunen in Teltow-Fläming

### 1. Was ist derzeit Dein wichtigstes politisches Projekt?

Mein Ziel ist es, eine breite gesellschaftliche Allianz für den sozial-ökologischen Umbau aufzubauen. Die klimapolitischen Herausforderungen eröffnen die Chance, Soziales neu zu denken und mehr Lebensqualität für alle zu schaffen. Klimaschutz darf »kein Elitenprojekt« und ein umweltbewusstes Leben »kein Luxus« sein. Mit dem derzeitigen Wirtschafts- und Finanzsystem lassen wir uns auf ein Experiment ein, dass scheitern wird. Es geht von der Annahme aus, dass grenzenloses Wachstum auf einem begrenzten Planeten möglich sei. Um dieses Wachstumsdilemma zu lösen, reicht nicht ein grün angestrichener Kapitalismus – hier muss die Systemfrage gestellt werden!

### 2. Welche ist deine vorrangige Botschaft an die Wählerinnen und Wähler?

Die unglaubliche Vermögenskonzentration muss thematisiert werden. Hierzulande besitzen die 45 reichsten Haushalte etwa so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Genau dieses riesige Vermögen in den Händen weniger fehlt dem Staat: für eine bessere Bildung, für ein Gesundheitssystem in öffentlicher Hand, für einen sozial verträglichen und ökologischen Umbau, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum und für eine bedarfsdeckende Finanzausstattung der Kommunen.

### 3. Was sagst du jenen, die sich noch nicht entschieden haben, warum ist deine Wahl erste Wahl?

Mit der Bundestagswahl werden die Weichen dahingehend gestellt, wie die künftige Verteilung der Corona-Krisen-Kosten aussehen wird. Die Lobbyverbände fordern Lohnverzicht, Nullrunden bei der Rente und Erhöhung des Renteneintrittsalters und weitere massive Kürzungen im Sozialbereich. Es braucht eine starke LINKE, die dafür kämpft, dass die Profiteur\*innen der Krise und die Reichen und Vermögenden an der Bewältigung der Corona-bedingten Kosten angemessen beteiligt werden.

**Norbert Müller**,  
Ludwigsfelde

### 1. Was ist derzeit Dein wichtigstes politisches Projekt?

SPD und Union hatten 2018 im Koalitionsvertrag geregelt, dass sie die Kinderrechte im Grundgesetz verankern wollen. Als LINKE waren wir die ersten, die vor 20 Jahren diese Forderung erhoben haben. Kinder sind Träger eigenständiger Rechte auf Schutz, Förderung und Beteiligung. Rechte, die in der UN-Kinderrechtskonvention und der Europäischen Menschenrechtscharta geregelt sind und in Deutschland nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die Union blockiert dieses Vorhaben und die SPD agiert kraftlos, aber wir lassen hier nicht locker.

### 2. Welche ist deine vorrangige Botschaft an die Wählerinnen und Wähler?

SPD und Grüne wollen (mit Nuancen) im Kern ein »Weiter-so« der Politik der Merkel-Ära – nur ohne Merkel. Dass die Schere zwischen Arm und Reich in diesen 16 Jahren immer weiter auseinander ging und einige Wenige gigantische Vermögen angehäuft haben, interessiert sie maximal für Sonntagsreden. Wir wollen das Umkehren: Große Vermögen wollen wir abschöpfen über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine hohe Erbschaftssteuer. Das wird nur mit einer starken LINKEN drin sein.

### 3. Was sagst du jenen, die sich noch nicht entschieden haben, warum ist deine Wahl erste Wahl?

Wer authentische linke Politik haben will, kann sein Kreuz gar nicht bei Scholz oder Baerbock machen. Linke Politik bedeutet, sich mit den Mächtigen und Reichen anzulegen und Bündnisse zur gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu organisieren. Genau das will ich weiter tun.